

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

ZU:

Antrag auf Aktuelle Stunde der CDU-Fraktion - Klare Regeln für 5G-Vergabe: Fairer Mobilfunknetzausbau in Stadt und Land - Drucksache 6/9861 vom 06.11.2018

Zukunftsweisender Mobilfunknetzausbau in Stadt und Land

Aus Sicht des Landtages Brandenburg führte die Politik der Bundesregierung bei der Versorgung mit Mobilfunkdienstleistungen der vergangenen Jahre dazu, dass sich die Qualität sowie die Verfügbarkeit der Angebote zwischen dem urbanen und dem ländlichen Raum weiter auseinanderentwickeln. Dadurch besteht die ernste Gefahr, dass ländliche Räume von technologischen Entwicklungen abgehängt werden. Um jedoch dem Anspruch des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Brandenburg nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Landesteilen gerecht zu werden, müssen die vorhandenen Lücken im Mobilfunknetz in absehbarer Zeit geschlossen und bei zukünftigen Technologien vermieden werden.

Grundlegende Voraussetzung zur Einführung und Verbreitung der 5G-Technologie ist eine annähernde Flächendeckung mit dem Mobilfunkstandard 4G.

Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für ein zweistufiges Konzept zur Mobilfunkerschließung einzusetzen:

I .Stufe:

Im Rahmen der aktuellen Versteigerung von Funkfrequenzen soll sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass:

- a. die flächendeckende¹ Versorgung mit leistungsfähigem 4G-Mobilfunk (mind. 100 Mbit/s im Download) beauftragt wird, dazu gehören:
 - i. Haushalte
 - ii. Bundesautobahnen, Bundesstraßen
 - iii. Landes- und Kreisstraßen
 - iv. Schienen und Wasserstraßen

¹ alle Flächen, bei denen das rechtlich und technisch möglich ist

- b. es beim Aufbau der 5G-Antennenstandorte nicht erneut zu einem Stadt-Land-Gefälle kommt

II. Stufe

- a. von den Bietern ein Konzept unter Beachtung der technischen, wirtschaftlichen und Verbraucherschutz-Aspekten zu verlangen, wie und wann der 5G-Standard in den Ländern zum Einsatz kommen soll und
- b. je Bundesland mindestens drei regionale Modellprojekte unter Einbeziehung der Lausitz zu errichten, um diese Technologie in jedem Bundesland wirtschaftlich verfügbar zu machen und damit eine zukunftssichere Produktpalette zu entwickeln.

Begründung:

Ziel der Landesregierung ist die Angleichung der Lebensverhältnisse im urbanen und im ländlichen Raum. Im Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung im Bereich der Telekommunikation ehrgeizige Ziele gesetzt. So sollen:

- bestehende Funklöcher beim Mobilfunk beseitigt werden,
- Deutschland eine Vorreiterrolle beim Aufbau des Echtzeit-Mobilfunkstandards 5G erreichen und
- freies WLAN an allen öffentlichen Einrichtungen, Zügen und Bahnhöfen der Deutschen Bahn verfügbar werden.

Dafür sollen 10 bis 12 Milliarden Euro zum Einsatz kommen.

Bisher hat der Bund bei der Erreichung seiner Ziele im Mobilfunk die Strategie verfolgt, bei der Versteigerung von Funkfrequenzen über entsprechende Auflagen die Mobilfunk-Abdeckung zu verbessern. Aktuell ist für die Versteigerung der 5G-Frequenzen eine Diskussion zu den wirtschaftlichen und technischen Grenzen des 5G-Netzausbaus entbrannt. Es sollen deutschlandweit lediglich 500 5G Antennen errichtet werden. Der Landtag hält diesen Ansatz für nicht geeignet zur Erreichung der Ziele auch im ländlichen Raum eine angemessene und wirtschaftlich vertretbare Mobilfunkabdeckung zu erreichen. Die Einnahmen aus der im ersten Halbjahr 2019 geplanten 5G-Frequenzauktion sollten deshalb einem Sondervermögen des Bundes zugeführt werden. Damit sollen Investitionen zur unmittelbaren Unterstützung des Ausbaus von Gigabitnetzen insbesondere in ländlichen Regionen unterstützt werden.

Die zur Versteigerung anstehenden Frequenzen sind nicht für einen flächenhaften Ausbau der 5G-Infrastruktur geeignet. Aufgrund der physikalischen Eigenschaften dieser Frequenzen müsste für ein flächendeckendes 5G-Netz alle 1.000 m eine Antenne errichtet und mit Glasfaser angebunden werden. Ein solcher Ausbau würde jedes Telekommunikationsunternehmen mindestens 5 Milliarden EUR an Investitionen im Land Brandenburg kosten und immense laufende Kosten verursachen. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf im Rahmen der Versteigerung der 5G-Frequenzen eine annähernd flächendeckende 4G-Versorgung zum Bestandteil der Vergabeauflagen zu machen. Der 5G-Standard kann evolutionär eingeführt werden, d.h. Technologieprojekte wie das Autonome Fahren können mit der 4G-Technologie begonnen und in 5G weiterentwickelt werden.

Die gegenwärtig vorgesehenen Regelungen in den Vergabeunterlagen für die Versteige-

zung der 5G-Frequenzen sind mit einer Versorgung von nur 98% der Haushalte mit Mobilfunk mit 100 Mbit/s bis Ende 2022 aus Sicht des Landtages nicht ausreichend.

Mobilfunk impliziert eine Nutzung des zur Verfügung stehenden Angebots an Telekommunikationsdiensten gerade unterwegs, also nicht nur in den Haushalten. Außerdem sollen nur 500 „weiße Flecken“ bundesweit versorgt werden. Unklar ist, wann und wie diese „weißen Flecken“ identifiziert werden sollen. In Brandenburg könnten nach den aktuellen Vorschlägen nur ca. 40 „weiße Flecken“ versorgt werden. Deshalb ist die Versorgungsaufgabe zur Flächendeckung so zu aktualisieren, dass alle Flächen zu versorgen sind, bei denen das rechtlich und technisch möglich ist.